

sche Vorgehen in Marokko als eine Manifestation deutscher Aggressivität. Auch im Jahr 1912 herrschte nach den von Diószegi vorgelegten Pressezitaten in der ungarischen Öffentlichkeit über die Balkanfrage geteilte Meinung: die Unabhängigen reklamierten nach wie vor eine freundschaftliche Annäherung an Serbien, die Regierungspartei dagegen war mit dem Außenminister der Meinung, daß Serbien keinen Zugang zur Adria erhalten solle. In der Krise nach dem Attentat von Sarajewo stand die ungarische politische Elite hinter der gemeinsamen Außenpolitik. Lediglich der ungarische Ministerpräsident war zunächst von der Notwendigkeit eines Krieges gegen Rußland nicht überzeugt, stimmte aber schließlich der Kriegserklärung gegen Serbien zu.

Die überraschende Leistungsfähigkeit Österreich-Ungarns zu Beginn des Ersten Weltkrieges, die nicht hinter derjenigen der einzelnen Nationalstaaten zurückblieb, wertet Diószegi als Ergebnis der Übereinstimmung in den außenpolitischen Zielen der staatstragenden Völker der Monarchie. In der langen Dauer des Krieges, in der allgemeinen Ernüchterung und im Konflikt zwischen dem Gesamtstaatsinteresse und den unterschiedlichen nationalen Zielen der einzelnen Völker sieht er die Ursachen der Auflösung der Habsburger Monarchie. Die ungarischen Politiker befürchteten vor allem bei einem Gebietszuwachs im Fall eines Sieges der Mittelmächte eine Erweiterung des Dualismus und dadurch eine Schwächung der Stellung ihres Landes im Gesamtstaat. Der Zerfall des zaristischen Rußlands und damit der Wegfall der Angst vor einer russischen Expansion sowie der wachsende Einfluß Deutschlands und damit die Gefahr einer Germanisierung Ungarns werden von Diószegi als Gründe für die Auflösung Österreich-Ungarns bewertet.

Die von Diószegi vorgelegte Zusammenfassung der außenpolitischen Ausrichtung der in Ungarn führenden politischen Kräfte von 1848-1918 wird in einzelnen anderen Beiträgen dieses umfassenden Bandes bestätigt. Bei einer Neuauflage könnten diese Wiederholungen sicher zum Teil vermieden werden.

Horst Glassl

München

UNGARN SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

NEBELIN, MANFRED: *Deutsche Ungarnpolitik 1939-1941*. Opladen: Leske und Budrich 1989. 255 S.

Die Untersuchung, eine Dissertation, gilt der deutschen Politik gegenüber Ungarn vom Frühjahr 1939 bis zum Sommer 1941 – ein Zeitraum, der bisher in der Historiographie wenig ausführlich behandelt wurde, sich aber durch Entscheidungen von großer Tragweite heraushebt: die Angriffe auf Polen, Jugoslawien und die Sowjetunion sowie der Zweite Wiener Schiedsspruch.

Der Verf. verfolgt die Gespräche und Verhandlungen, die zwischen Berlin und Budapest auf politischer, diplomatischer und militärischer Ebene liefen, und er stellt die Position der beiden Regierungen heraus. Es geht im Wesentlichen darum, daß das politische und das militärische Vorgehen des Deutschen Reiches und dasjenige Ungarns keineswegs in Einklang standen. Insbesondere wurde dies sichtbar an der Weigerung Budapests, am Krieg gegen Polen teilzunehmen, wie auch an der Art und Weise, wie der Eintritt Ungarns in den Krieg gegen die Sowjetunion zustandekam. Ungarn hingegen wandte sich Siebenbürgen zu und versuchte, diese Politik auch nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch weiterzubehalten.

Als Leitlinie geht der Verf. der Frage nach, ob oder wie weit Ungarn im behandelten Zeitraum – neben der bereits eingetretenen Abhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet – auch schon politisch als »Satellit« Berlins zu betrachten war, und er kommt zur Schlußfolgerung, daß Horthy seine Bewegungsfreiheit weiter bewahrte und daß Ungarn seine Politik, auch den Eintritt in den Krieg gegen die Sowjetunion, nach eigenen Motiven bestimmte. Weiterhin liegt der Wert dieses Buches darin, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Ungarn 1939-1941 eine sehr detaillierte Darstellung findet, wodurch eine Fülle von bisher wenig oder gar nicht bekannten Einzelheiten erschlossen wurden. Der Verf. stützt sich auf umfangreiches Material, nämlich auf Bestände aus deutschen Archiven (Bonn und Freiburg) sowie auf Sekundärliteratur; ungarischsprachige Quellen und Veröffentlichungen konnten jedoch nicht herangezogen werden. Zuweilen erschweren kompliziert geschriebene Sätze das Lesen.

Wenn auf dem hinteren Deckblatt steht, Ungarn habe sich dem Krieg gegen die Sowjetunion angeschlossen, »geleitet von der Hoffnung, sowjetische Gebiete erobern [...] zu können«, muß dies ein Mißverständnis sein; im Text ist nicht davon die Rede.

Ekkehard Völkl

Regensburg

HAVASY, GYULA: *A magyar katolikusok szenvedései 1944-1989. Dokumentumok* [Die Leiden der ungarischen Katholiken 1944-1989. Dokumente]. Budapest 1990. 443 S.

Der Herausgeber, Pfarrer in Nagysáp (Erzdiözese Esztergom [Gran]), 1953 selbst eingekerkert, sammelte seit Jahrzehnten Dokumente zum nationalsozialistischen (1944/1945) und kommunistischen (1946-1989) Kirchenkampf. Er gab diese Sammlung 1990 im Eigenverlag heraus. Sie besteht aus elf Abschnitten, die chronologisch und thematisch die Kirchenverfolgung veranschaulichen. Dabei werden amtliche Schriften, Zeitungsausschnitte oder auch Privatbriefe nicht nur zitiert, sondern auch ausführlich kommentiert. Der Verf. setzt sich aber auch mit manchen Begleiterscheinungen der Geschichte, wie mit der Vatikanischen Ostpolitik, der Haltung des Episkopates und besonders mit der Lage der von Staat und Amts-

Kirche bedrängten sog. Basisgruppen (vor allem der des Piaristenpaters Bulányi) kritisch auseinander.

Wenn man auch an manchen Stellen eine größere Ausgewogenheit vermißt, ist diese Dokumentation, die zum ersten Mal die schmerzlichen Vorgänge innerhalb der Kirche schonungslos aufdeckt, trotz einiger Mängel (z. B. ist die Liste der verurteilten, eingesperrten Geistlichen und Ordensleute fehlerhaft und unvollständig) und Irrtümer (einige sachliche Richtigstellungen wurden von Betroffenen schon in der Presse durchgeführt) eine äußerst wertvolle Pionierarbeit, die Respekt und Anerkennung verdient.

Gabriel Adriányi

Bonn

RGW aktuell – Zwischenbilanz der ungarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen. Thesen und Daten. Redaktion GUDRUN BURKHARDT – WALTER LUDWIGS. Bonn 1990. 188 S. = Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 286.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat sich – ihrem Aufgabenspektrum entsprechend – in zahlreichen Veranstaltungen mit dem RGW (= COMECON) auseinandergesetzt. Eine der jüngsten in Buchform präsentierten Vortragsfolgen ist die hier zu besprechende Publikation. Vierzehn Autoren, neun ungarische und fünf deutsche, lieferten Beiträge, die überwiegend die Situation von Herbst 1989 festhalten. Die Bandbreite der Thematik umschließt die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Zusammenarbeit mit der EG, eine Diskussion über Wirtschaftsreformen in Ungarn, die Rolle der Gewerkschaften, aber auch der katholischen Kirche in jüngerer Vergangenheit und Gegenwart, mögliche Formen internationaler Kooperation und Fragen des Umweltschutzes.

SO ₂ Emissionen (Kt/Jahr)	zu Beitrag KOVÁCS		
	1980	1985	1987
Kraftwerke	654	504	533
Industrie	542	489	400
Kommunaler Verbrauch	388	390	341
Verkehr	49	21	18
Insgesamt	1 633	1 404	1 292

(im Originalbeitrag = Tab. 1, S. 156)

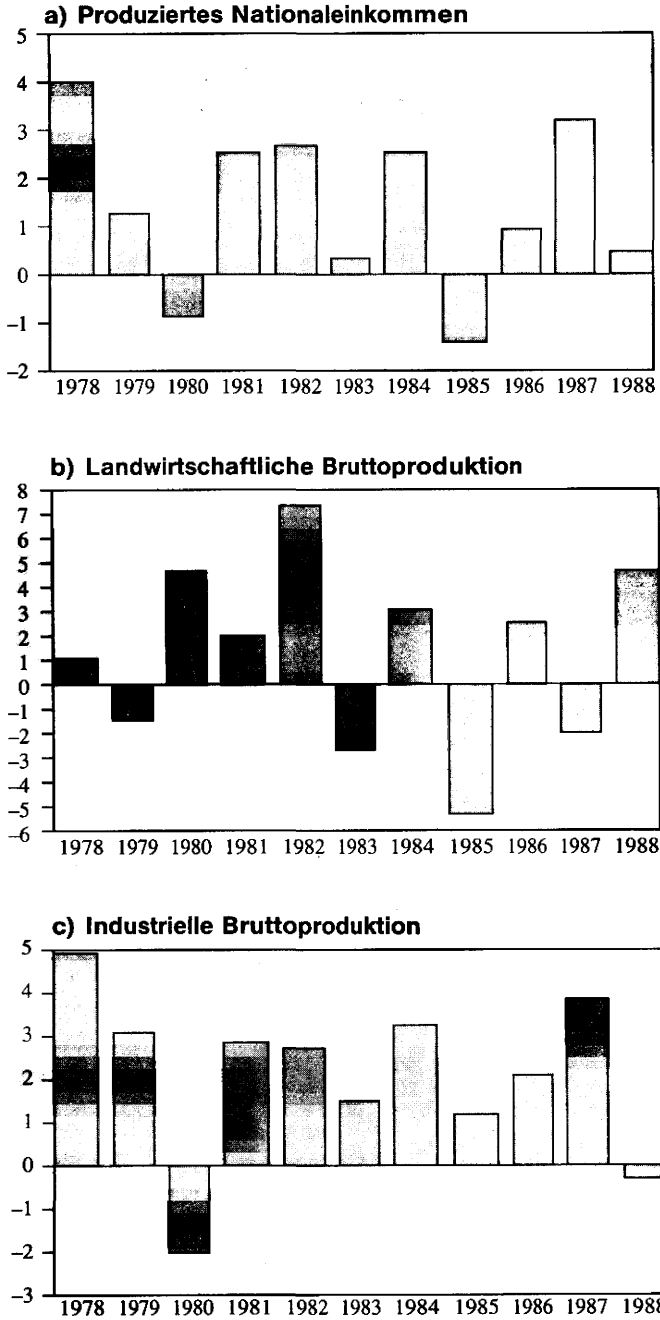
András Köves (1) gibt einen Abriß über die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des ungarischen Reformprozesses (S. 11-20). Dabei kommt der Frage des Schuldendienstes (Umschuldung) eine hohe Bedeutung zu. Von ungarischer Seite werden keine Schuldenerlasse, aber gewisse Erleichterungen angestrebt. Dies beinhaltet nicht zu leugnende Schwierigkeiten, die letztlich mit dem Dualismus der Ost- und (neuerdings) Westorientierung des ungarischen Außenhandels zusammenhängen. Die volle Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, läßt sich ohne folgenschwere Abkoppelung vom Osthandel kaum realisieren. Lothar Altmann (2) untersucht aus westlicher Sicht den »Struktur- und Modellwechsel« der ungarischen Volkswirtschaft 1988/1989 (S. 23-48). Die Darlegung der Einzelheiten offenbart das ganze Ausmaß des wirtschaftlichen Dilemmas, das nicht zuletzt in der lange dominant einseitigen Ausrichtung von Produktion und Handel auf die Sowjetunion hin basiert. Die dorthin gelieferten Waren entsprechen keineswegs dem Weltmarktstandard. Bisher mit dem Westen eingegangene Verträge und ihre Warenaustauschmöglichkeiten werden diskutiert (vgl. Abb. 1, 2, 3, S. 329). Ede Bakó (3) gibt aus ungarischer Sicht einen Überblick über die Aspekte internationaler Finanzverflechtungen (S. 49-54). Péter Balázs (4) äußert sich am Rande der »Zusammenarbeit und Integration zwischen Ungarn und der EG« (S. 55-60). Reinhard Rode (5) untersucht die Frage »EG-Binnenmarkt und Ungarn« (S. 61-70). Natürlich wiederholen sich einige Aussagen bei einzelnen Referenten. Dies mag jedoch als Übereinstimmung in wichtigen Auffassungen gedeutet werden. Rode weist vor allem auf die mögliche künftige Rolle Ungarns als Drehscheibe zwischen West- und Osthandel hin; aber ohne wohlwollende westliche Förderung dürfte sich diese Vorstellung kaum realisieren lassen. Ferenc Vissi (6) steuert einen Bericht über den Stand der Wirtschaftsreformen in Ungarn bei (S. 71-79). Steuerfragen (einschließlich Steuerreformen) werden eingehender diskutiert. Bemerkenswert ist seine Aussage, daß »die Einkommensteuer in Ungarn bisher keinerlei Tradition« hatte. Lajos Héthy (7) gibt Auskunft über die Arbeitspolitik in seinem Land (S. 80-92). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden der Staat und (verstaatlichte) Betriebe zum Arbeitgeber. Nichtmanuelle (geistige) Arbeit blieb lange Zeit unterbewertet. »Indirekte« (»dezentralisierte«) Formen der Lohnfestsetzung erwiesen sich Mitte der 80er Jahre als Fehlschlag. 1989 wurde das bisher liberalste »Lohnfestlegungsmodell« vorgestellt. Auf Einzelheiten kann ich leider nicht eingehen. Anfang 1989 mußte offiziell eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Auch in Ungarn rechnet man mit einer Erhöhung der Arbeitslosenzahl, die sich zu dem genannten Zeitpunkt auf 14.000 belief (bei gleichzeitig 70.000 [!] offenen Stellen, S. 87). Das Referat von Jürgen Kühl zum Thema »Erfahrungen der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland« (8, S. 93-112) wird hier nicht näher erläutert. László Nyikos (9) äußert sich zur Rolle der Gewerkschaften (S. 113-124). Der über 40jährigen Doppelfunktion »Schutz der Staatsmacht und Interessenvertretung der Arbeiter« entsprach ihre ambivalente Haltung, die erst in jüngster Zeit einem prononcierten Einsatz zugunsten der Arbeiter gewichen ist. »Die Demokratisierung eines monolithischen politischen Systems [...] weist der Gewerkschaftsbewegung heute neue Aufgaben und Strukturen zu.« István Nádory (10) referiert über die »Aufgabe der ungarischen Wirtschaftskam-

zu Beitrag ALTMANN

Abb. 1/2/3

Ungarn - Produktion 1978-1988

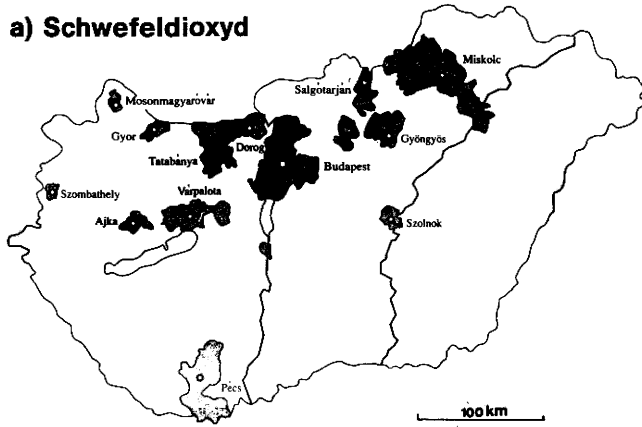
- ausgewählte Beispiele -
(jährlicher Zuwachs in Prozent)



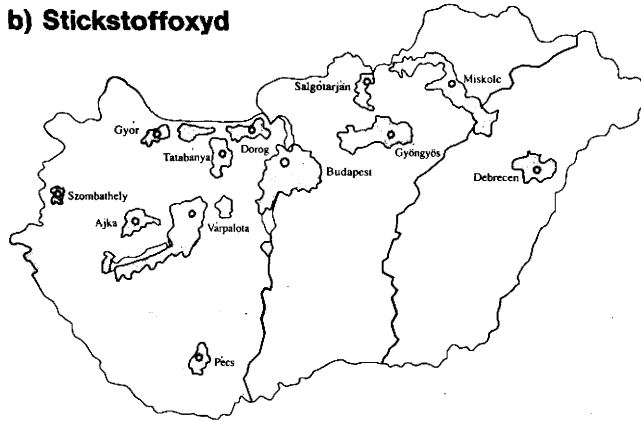
(im Originalbeitrag=S. 42/43)

Regionale Belastungen in Ungarn durch

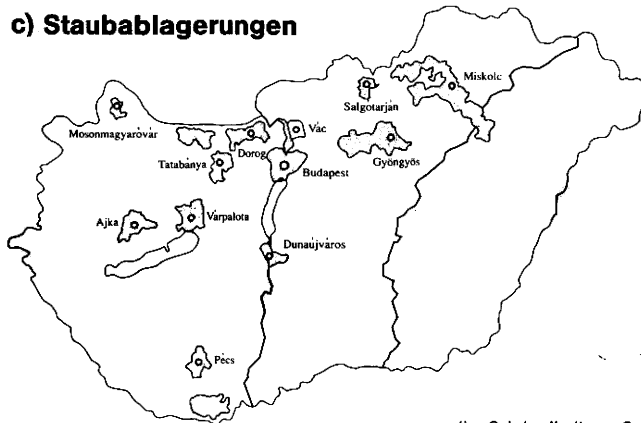
a) Schwefeldioxyd



b) Stickstoffoxyd



c) Staubablagerungen

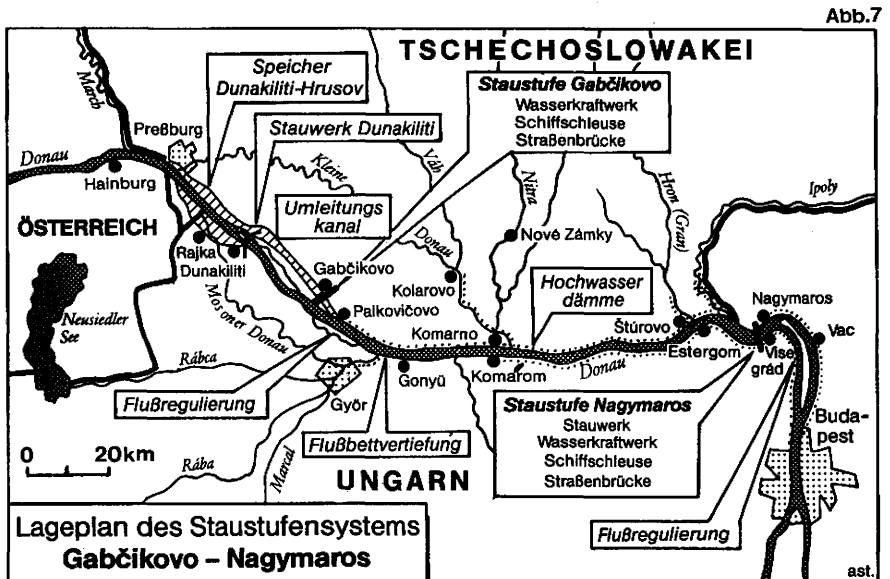


(im Originalbeitrag—S. 159/60)

mer«, die erstmals bereits 1811 (!) gegründet wurde, allerdings nur drei Jahre bestand. Ihre Rolle im Reformprozeß besteht primär im Einsatz für Verfügungsrechte der Unternehmen und deren »Devisenunabhängigkeit« (S. 125-132). László Lukács (11) faßt die Bedeutung der ungarischen katholischen Kirche in der Nachkriegszeit zusammen (S. 135-146). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die soziale Tätigkeit der Kirche lahmgelegt, 1947 hat man 1.500 katholische Verbände aufgelöst, 1948 katholische (u. a. kirchliche) Schulen verstaatlicht, 1950 sämtliche Orden aufgelöst. Aber bereits 1950 erhielt die katholische Kirche acht Gymnasien zurück (vor dem Krieg unterhielt sie etwa 3.000 Elementar- und 100 Mittelschulen). Jugendarbeit wurde seit Ende der 70er Jahre geduldet und zu Beginn der 80er Jahre erlaubt. Ab Mitte der 80er Jahre bat die Regierung offiziell die Kirchen um Hilfe bei der Lösung sozialer Fragen, neuerdings (1989) sogar um Unterstützung zur Stabilisierung der öffentlichen Moral (einschließlich der Arbeitsmoral). In Kinderheimen, in der Alten- und Krankenpflege erfahren die Kirchen wieder eine staatliche Förderung. Vier religiöse Orden haben überlebt. »Die Rückgabe kirchlicher Immobilienwerte ist kein Almosen, sondern im nationalen Interesse« (Kultusminister Ferenc Glatz, S. 144). Religionsunterricht ist wieder in den Schulen eingeführt. Endre Kovács (12) vermittelt Angaben zur gegenwärtigen Situation des Umweltschutzes in Ungarn am Beispiel der »Luftreinhaltung« (S. 147-160). Es handelt sich z. T. um einen programmatischen Katalog. In 106 Siedlungen sind bisher schon 1088 Meßstationen installiert. 1987 wurden im Straßen- und Eisenbahnverkehr (einschl. Landmaschinen) allein 497.000 T/Jahr Kohlenmonoxyd emittiert, 76.000 T Kohlenwasserstoffe und 400 T Blei (S. 153, siehe hier Abb. 4, 5, 6, S. 330, und Tabelle, S. 327). Alle 14 größeren Kraftwerke sind heute mit modernen Entstaubungsanlagen ausgerüstet. Der Autor belegt mit entsprechenden Angaben, daß die mitteleuropäischen Emissionswerte in Ungarn schon gegenwärtig unterschritten werden. Ab 1991 ist der ungeregelte Katalysator bei Personenkraftwagen obligatorisch. Alexander Juras und Helmut Schreiber untersuchen »Perspektiven und Möglichkeiten einer Kooperation im Umweltbereich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn« (13, S. 161-176). Die veraltete Struktur der ungarischen Industrie, der hohe Anteil an Energiegewinnung aus Braunkohle, jedoch auch aus Erdgas wird hervorgehoben. In Paks (Zentralungarn) entstand 1960 das bisher einzige Kernkraftwerk des Landes; doch ist der weitere Ausbau der Kernenergie geplant. 80% der Luftverschmutzung stammen aus 300 Industriebetrieben, davon 45 im Bereich der Hauptstadt. Die Donau spielt eine wichtige Rolle in der Trinkwasserversorgung. Stärkere Verschmutzungen treten jeweils flußabwärts der großen Städte auf (Wien, Preßburg, Budapest). Sie äußern sich in einem erhöhten Eutrophierungsgrad. Die Verf. folgern: In der Umweltpolitik darf sich kein west-östliches Ungleichgewicht ergeben. Die Übernahme westlicher Technologien erscheint einfach notwendig. In Zusammenarbeit mit Österreich und der Tschechoslowakei sollte zwischen dem slowakischen Dorf Gabčíkovo und dem ungarischen Nagymaros ein seit 1951 geplantes Großkraftwerk entstehen, welches in zwei Staustufen, ausgelegt auf 840 Mega-

watt Turbinenleistung, nicht geringe Umweltprobleme mit sich gebracht hätte.¹ Dieses Projekt war um die Jahreswende 1990/1991 auf Eis gelegt (vgl. unten Lageplan, Abb. 7, nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. November 1989).

Eine Reihe von Kooperationsmöglichkeiten wird angesprochen. Manches im letzten Teil der Ausführungen erscheint als (verständliches) Wunschdenken, wortreich in Postulate übersetzt. József Bognár (14) läßt sich abschließend über »gesellschaftliche Folgen des Reformprozesses« aus (S. 177-184). Auswirkungen des stalinistischen Parteistaates wie unabdingbare Wirtschaftsreform-Forderungen werden thesenhaft vorgetragen, einer friedlichen Transformation das Wort geredet. Der Autor plädiert für die Schaffung von Voraussetzungen, die das Entstehen einer »wirtschaftlichen und politischen Mittelklasse« erlauben. In diesem Referat erscheint der zweite Teil mehr als ein Wortgeklingel denn eine ernsthafte Auseinandersetzung mit als realisierbar zu bezeichnenden Maßnahmen.



Eine Zusammenstellung von Kurzbiographien der Autoren (S. 185-188) steht am Ende dieser instruktiven und begrüßenswerten Publikation.

Karl Hermes

Regensburg

¹ Vgl. Besprechung von KARL HERMES über »Contemporary Essays in Austrian and Hungarian Geography«. In: Ungarn-Jahrbuch 17 (1989) 292-296.